

Paper-ID: VGI_190549



Kongreß der Staatsbeamtenvereine

N. N.

Österreichische Zeitschrift für Vermessungswesen **3** (23–24), S. 377–378

1905

Bib_TE_X:

```
@ARTICLE{N._VGI_190549,  
  Title = {Kongreß der Staatsbeamtenvereine},  
  Author = {N., N.},  
  Journal = {"Österreichische Zeitschrift für Vermessungswesen"},  
  Pages = {377--378},  
  Number = {23--24},  
  Year = {1905},  
  Volume = {3}  
}
```



Der «Verein der Staatsbeamten Österreichs» hat zu diesem Zwecke den Beschluß gefaßt, den

IV. österreichischen Staatsbeamtentag

nach Wien einzuberufen, in der Absicht, um in öffentlicher Diskussion den Nachweis zu erbringen, daß die Beamtenschaft weitere Verzögerungen der dringendsten Reformen nicht zu ertragen vermag.

Es soll in Gegenwart der Reichsratsabgeordneten und der geladenen Regierungsorgane auseinandergesetzt werden, daß die Beamtenschaft im Interesse der Reputation des Standes, dann mit Rücksicht auf die Gefährdung der Autorität bei der Erfüllung der Dienstesobliegenheiten und nicht in letzter Linie aus den Pflichten gegen die eigene Familie gezwungen ist, eine Änderung der sich von Tag zu Tag verschlechternden finanziellen Situation herbeizuführen, und daß kein Mittel unversucht gelassen werden darf, die notwendige Sanierung zu erreichen.

Diese «Flucht in die Öffentlichkeit» — um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen — wird für die Forderungen der Beamten die Unterstützung der weitesten Bevölkerungsschichten sichern, welche ja das allergrößte Interesse, einerseits an einer pflichtbewußten und arbeitsfreudigen und andererseits konsumtionsfähigen Beamtenschaft haben.

Wir hoffen, daß diese Aktion des «Vereines der Staatsbeamten Österreichs» die gleiche Unterstützung finden wird, wie alle früheren, so erfolgreichen Schritte des Vereines und legen es insbesondere der Wiener Beamtenschaft ans Herz, sich so zahlreich an der Tagung zu beteiligen als die weiten Räume der Volkshalle des neuen Wiener Rathauses Personen zu fassen vermögen.

Die herrschende Situation wird in allen ihren Unzukömmlichkeiten erörtert und werden jene Reformen besprochen, welche eine gründliche Besserung herbeiführen können.

Eine so laute Kundgebung der Gesamtheit der österreichischen Staatsbeamten und Staatslehrpersonen wird auch die Regierung belehren, daß die weitere Verzögerung von Reformen unmöglich ist und auch die geladenen Reichsboten werden es sich vor den allgemeinen Neuwahlen überlegen, die Wünsche der Beamtenschaft zu ignorieren.

Zögere deshalb niemand, sich an der Versammlung zu betheiligen, denn nur die Einigkeit kann uns ans Ziel führen.»

Kongreß der Staatsbeamtenvereine.

Im folgenden veröffentlichen wir den Verlauf der Verhandlungen des am 12. November d. J. in Wien stattgefundenen Staatsbeamtenkongresses, durch welche die derzeitige Lage der Staatsbeamten gekennzeichnet erscheint, um jenen Kollegen, welche die Nichterledigung unseres Memorandums auf die angeblich «laue» Vertretung der Vereinsleitung zurückführen, die maßgebenderseits erörterten Ursachen zur Kenntnis zu bringen, aus denen nicht nur die Unternehmungen unseres erst vor kurzem gegründeten Vereines, sondern auch jene aller übrigen, wenn auch auf eine noch so lange Tätigkeit zurückblickender Vereine trotz fortwährenden Petitionierens erfolglos bleiben.

Im großen Saale des Gewerbevereines fand Sonntag, den 12. November d. J., die Jahresversammlung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine in Anwesenheit der Delegierten der Kronländer statt. Die ganze Tagung stand unter dem Eindrucke einer Enunziation, nach welcher das Finanzministerium den Staatsbeamten keine Aussicht machen könne, daß ihre seit Jahren wiederholt laut gewordenen Wünsche nach Verbesserung ihrer Lage in der nächsten Zeit Erfüllung finden würden. Den Vorsitz in den Verhandlungen führten abwechselnd Regierungsrat Moser und Landesgerichtsrat Dr. Körber als Vorstandsmitglieder des geschäftsführenden Vereines des Staatsbeamtenkasinos. Der Geschäftsbericht kommt auf die verschiedenen Audienzen der Vertreter der Staatsbeamtenschaft bei den Minister-

präsidenten Dr. v. Koerber und Freiherrn v. Gautsch zu sprechen, denen wiederholt die Forderungen der Staatsbeamten vorgetragen wurden. Es handelte sich dabei namentlich um die Einbeziehung der Aktivitätszulage in die Pensionsbemessung sowie um die Verkürzung der für den vollen Pensionsanspruch nötigen Dienstzeit von 40 auf 35 Jahre. Bezüglich der ersten Frage, die Einbeziehung der Aktivitätszulage in die Pensionsbemessung, wolle nämlich die Regierung einen ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt abwarten, um dem Parlament eine bezügliche Gesetzesvorlage zu unterbreiten. Hinsichtlich der zweiten Frage aber, die Restringierung der Dienstzeit auf 35 Jahre, könne für die nächste Zeit eine günstige Erledigung überhaupt nicht in Aussicht gestellt werden. Die Deputation könne leider einen günstigen Erfolg der Aktion der Staatsbeamten nicht feststellen. Diese Mitteilungen des Präsidiums riefen in den Reihen der Delegierten lebhaftes Enttäuschung hervor, die sich in lauten Mißfallkundgebungen äußerte. Die ganzen weiteren Verhandlungen des Tages standen unter dem Eindrucke der Regierungserklärungen und der sich daran schließenden bewegten Erörterungen. Professor Dr. Karl Woynar beantragt im Namen der geschäftsführenden Korporation eine neue Organisation des Zentralverbandes der Beamtenvereine, die er als eine Art Beamtenkammer bezeichnet und in einem ausführlichen Referate begründet. Der Verband erstreckt danach seine Tätigkeit auf ganz Zisleithanien, hat seinen Sitz in Wien und wird geleitet von einem großen Ausschuß, zu dem Wien und die Kronlandsvereine eine gleiche Zahl Mitglieder entsenden. Für die Hauptversammlungen haben die Verbändevereine für je 100 Mitglieder eine Stimme, aber nie mehr als zehn. Dieses Statut wurde nach detaillierter Beratung angenommen. In der Nachmittagssitzung erstattete das erste Referat Finanzkonzipist Dr. Waber, der unter anderem eine Petition auf Einführung des Zeitavancements im Staatsdienste beantragte. Die Anträge des Referenten wurden angenommen. In einer hierauf gefaßten Resolution wird das Bedauern über das bisherige Verhalten der Regierung hinsichtlich der Forderungen der Beamten ausgesprochen. Eine zweite Resolution beauftragt eine Deputation, noch im Laufe des November im Finanzministerium und beim Ministerpräsidenten dezidierten Aufschluß zu verlangen, wann die Beamtenschaft die Lösung der besprochenen Fragen zu erwarten habe. Über Antrag der Linzer Gruppe wurde hierauf beschlossen, daß diejenigen Abgeordneten, die Staatsbeamte oder Staatslehrpersonen sind, eine freie Vereinigung ohne Unterschied der Partei nach dem Muster der Advokaten, der Gewerbevertreter, der Agrarier u. s. w. bilden sollten, um die Interessen der Beamtenschaft zu vertreten. Es sind ihrer derzeit gegen sechzig. Als geschäftsführender Verein wurde hierauf der Kasinoverein in Graz gewählt, da der Wiener Verein eine Wiederwahl nicht annehmen zu können erklärte. Mit Dankesworten an die abtretenden und an die neuen Funktionäre schloß die Tagung.

Normalien.

Maßnahmen betreffend die zu Amtshandlungen im Grundsteuerkataster und im Grundbuche bestimmten geometrischen Pläne, welche von beh. autor. Privattechnikern verfaßt und beglaubigt sind.

(Erlaß des k. k. Ministeriums des Innern an sämtliche politische Landesstellen vom 30. August 1905, Zl. 26964 ex 1905).

Nach den im § 23 des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R.-G.-Bl. Nr. 83, über die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters enthaltenen Bestimmungen hat die Vermessung durch den Vermessungsbeamten bei Grundteilungen zum Zwecke der Durchführung der letzteren im Grundsteuerkataster dann zu unterbleiben, wenn von der Partei ein durch einen beh. aut. Privattechniker verfaßter und beglau-